

vorwärtsEXTRA



KEIN PLATZ FÜR BRAUNE

Ministerpräsident Torsten Albig fordert ein neues NPD-Verbotsverfahren. Die verschiedenen Aktivitäten in Schleswig-Holstein gegen Rechtsradikale sollen gestärkt werden.

Ministerpräsident Torsten Albig hat sich dafür ausgesprochen, ein erneutes Verfahren zum Verbot der rechtsextremen NPD einzuleiten. Ein erstes Verfahren war 2003 am umstrittenen Einsatz von „V-Leuten“ gescheitert.

„Die NPD gehört verboten“, sagt der Regierungschef. Ihre Ziele seien antidemokratisch und gegen die Grundwerte unserer Gesellschaftsordnung gerichtet. „Mit einem Verbotsverfahren machen wir deutlich, dass wir keinen Zentimeter unserer demokratischen Ordnung aufgeben.“

Dabei sieht Torsten Albig auch die Unwägbarkeiten dieses Weges: „Das Verfah-



Torsten Albig: NPD verbieten!

ren ist schwierig, das hat der erste, gescheiterte Versuch gezeigt. Dennoch sollten wir den politischen Mut aufbringen, ein neues Verbotsverfahren in Gang zu setzen. Der demokratische Rechtsstaat muss hier Flagge zeigen.“ Hundertprozentige Sicher-



Ein Zeichen gegen Rechtsradikale: Juso-Aktion am 16. Juli in der Kieler Innenstadt.

heit für einen Erfolg könne es nicht geben. Das Risiko, das Verfassungsgericht könne den Neonazis Verfassungstreue bescheinigen, bestehe nicht.

Mit seiner Forderung greift der Ministerpräsident die Beschlusslage des SPD-Wahlprogramms auf. Dort wird eine „neue Initiative zum Verbot der NPD als verfassungsfeindlicher Organisation“ gefordert.

Landesprogramm gegen Rechts

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus darf aber nicht nur vor dem Verfassungsgericht stattfinden. „Entscheidend ist, dass wir den braunen Gesellen den Nährboden entziehen“, sagt

Torsten Albig. Dazu hat er ein „Landesprogramm gegen Rechts“ in die Diskussion eingebracht. Es soll bereits bestehende Projekte besser vernetzen, aber auch Raum und Mittel für neue Initiativen gegen Rechts bieten. Besonderes Augenmerk müsse Programmen für Aussteiger und Opfer gelten.

Jusos bilden Netzwerkstelle Antifa

Die Jusos gehen mit gutem Beispiel voran. Der Juso-Landesverband hat sich auf den Anti-Nazi-Demonstrationen in Dresden und Lübeck engagiert, sowie in Neumünster und Kiel gegen die NPD-Deutschlandtour demonstriert. Viele Jusos sind in Bündnissen gegen

Rechts aktiv. „Im August haben wir die Netzwerkstelle Antifa innerhalb der Jusos Schleswig-Holstein initiiert“, berichtet Juso-Landesvorsitzender Alexander Wagner. Zurzeit wird eine eigene Kampagne entwickelt.

Auch bei der Vernetzung der Aktivitäten sieht Alexander Wagner Fortschritte: „Die Zusammenarbeit mit vielen verschiedenen Gruppen und Organisationen in den Vorbereitungsbündnissen hat dazu beigetragen, den Protest gegen Rechts gesellschaftlich breit aufzustellen und so erfolgreicher zu machen.“ Auch einzelne Kooperationen, wie mit der Grünen Jugend anlässlich der Dresden-Demo, förderten die gemeinsame Arbeit. ■

LANDTAGSWAHLKAMPF UNTER DIE LUPE GENOMMEN

Der Landespartei-rat widmete einen ganzen Tag der Auswertung der Landtagswahl.

Landespartei-ratsvorsitzender Sönke Rix hatte am 25. August den Kieler Sozialwissenschaftler Dr. Wilhelm Knelangen um eine einführende Analyse der Landtagswahl und es Wahlkampfes gebeten. Der konfrontierte das Gremium mit durchaus kritischen Aussagen: Der Begriff „Schleswig-Holstein-Ampel“ habe sich noch nicht durchgesetzt,



Wilhelm Knelangen.

die Lieblingsland-Kampagne sei erfolgreiche Sympathiewerbung gewesen, habe aber wenig Abgrenzung zum poli-

tischen Gegner geboten. Während wies er darauf hin, dass die SPD bei den Altersgruppen unter 45 schwach abgeschnitten habe. Die Kompetenzwerte der SPD hätten durchweg zugelegt.

SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner verwies auf das schlechte Abschneiden von Schwarz-Gelb: „Die Menschen haben den Politikwechsel gewählt.“ Als Kern des Problems der SPD machte er die geringe Wahlbeteiligung aus. „Es macht Sinn, sich von anderen Parteien zu unterscheiden. Wenn alle gleich sind, ist

der Ansporn wählen zu gehen, nicht besonders groß“, so seine Schlussfolgerung. Das Ansehen von Politik sei miserabel. „Es ist wirklich unsere Aufgabe, dem entgegenzuwirken und zu sagen, Politik in der Kommune und im Landtag ist wichtig. Das Gemeinwohl ist der Punkt, mit dem wir werben müssen. Die SPD ist als Volkspartei für die Menschen da, die uns brauchen. Daran werden wir gemessen“, mahnte der Landesvorsitzende.

Am Nachmittag untersuchten Arbeitsgruppen Strategie und Programm,

Wahlbeteiligung und Wählerpotential sowie die Wahlkampforganisation. Die Ergebnisse werden von der Projektgruppe Parteiorganisation aufgegriffen.

Vor der Wahl...

Sönke Rix zog eine positive Bilanz der Klausurtagung: „Das war eine konstruktive Diskussion. Nach der Wahl ist vor der Wahl. Es ist nun wichtig, aufbauend auf den Erfahrungen und dem Programm zur Landtagswahl eine Strategie für die Kommunalwahl zu entwickeln.“ ■

IM DIALOG MIT DER WIRTSCHAFT

Reinhard Meyer, der neue Wirtschaftsminister, stellt sich im Interview vor.

VORWÄRTS: Du hast viele Jahre im Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern gearbeitet. Welches Bild hast Du von Schleswig-Holstein?

REINHARD MEYER: Schleswig-Holstein ist ein wunderschönes Land, das in den letzten Jahren unter seinen Möglichkeiten regiert wurde.

Was möchtest Du als Wirtschaftsminister an diesem Bild ändern?

Besser regieren, damit Schleswig-Holstein als ein Standort wahrgenommen wird, an dem wirtschaftlicher Erfolg und gute Arbeit kein Gegensatz ist.

Die Landesregierung hat sich vorgenommen, Politik im Dialog zu praktizieren. Wo besteht Gesprächsbedarf mit der Wirtschaft?

Zu Beginn meiner Amtszeit habe ich bereits viele Gespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern geführt und festgestellt, dass auch von Seiten der Wirtschaft der Dialog gesucht wird, um unser Land gemeinsam voran zu bringen.

Große Verkehrsprojekte – ob Autobahnen, Nahverkehr oder Kanäle – laufen nur mit Unterstützung des Bundes. Wie willst Du in Berlin Druck machen?



Wirtschaftsminister Reinhard Meyer.

Norddeutschland hat bei der schwarz-gelben Bundesregierung in Berlin keine Lobby. Das werden wir gemeinsam mit Hamburg,

Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und demnächst Niedersachsen und ab Herbst 2012 mit einem neuen Bundesverkehrsminister ändern.

Wo muss die Infrastruktur des Landes verbessert werden?

Wir haben großen Bedarf an neuen Projekten wie auch an der Modernisierung bestehender, vom Nord-Ostsee-Kanal über die Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs bis zum Weiterbau der A 20.

In einer Studie wurde kürzlich bemängelt, dass in Schleswig-Holstein zu wenige Ingenieure ausgebildet werden. Wie holen wir Fachkräfte ins Land?

In einem Fachkräftebündnis „Zukunft im Norden“

werden wir gemeinsam mit allen Akteuren ein Maßnahmenpaket zur Sicherung und Gewinnung von Fachkräften auf den Weg bringen. ■

ZUR PERSON:

REINHARD MEYER

1959 in Bonn geboren. Studium der Politischen Wissenschaften, Geschichte und Volkswirtschaftslehre, Diplom-Politologe. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg, wissenschaftlicher Referent bei der SPD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Seit 1994 verschiedene Stationen in der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Staatssekretär, seit 2006 Chef der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern. Seit 2007 Präsident des Deutschen Tourismusverbandes (DTV) im Ehrenamt.

PERSONALIEN

RALF STEGNER, BETTINA HAGEDORN UND ANDREAS BREITNER KANDIDIEREN ERNEUT

Nach Spekulationen über die Führungsspitze der SPD Schleswig-Holstein haben Landesvorsitzender Ralf Stegner und seine Stellvertreter Bettina Hagedorn und Andreas Breitner angekündigt, im April 2013 erneut für den Landesvorstand zu kandidieren. Seit 2007 stehen sie an der Spitze des Landesverbands. „Die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre möchten wir fortsetzen. Deshalb werden wir uns auch auf dem ordentlichen Landesparteitag im Frühjahr 2013 wieder für die Ämter des Landesvorsitzenden und seiner beiden Stellvertreter bewerben“, erklärten sie gemeinsam. Es sei ihnen gelungen, die SPD in Schleswig-Holstein in die Regierungsverantwortung zurück zu führen. Ralf Stegner will als Vertreter der SPD Schleswig-Holstein im Bundesvorstand der Partei auch daran mitarbeiten, den Politik- und Regierungswechsel bei der Bundestagswahl 2013 zu erreichen.

RALF WROBEL WIEDERGEWÄHLT

Der ordentliche Kreisparteitag Schleswig-Flensburg hat am 18. August 2012 in Steinfeld den Kreisvorsitzenden Ralf Wrobel mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Stellvertreterin Birte Pauls und Stellvertreter Karsten Stühmer wurden ebenfalls wiedergewählt.

ZU WERTVOLL ZUM WEGSCHMEISSEN

Europa-Abgeordnete Ulrike Rodust macht sich gegen die Verschwendung von Lebensmitteln stark.

Jährlich wandern in Europa 89 Millionen Tonnen Lebensmittel in den Müll. Auf Einladung der Schleswig-holsteinischen SPD-Europaabgeordneten Ulrike Rodust kamen am 22.

August Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und von Vereinen in den Räumlichkeiten der Abfallwirtschaftsgesellschaft Rendsburg-Eckernförde mbH zusammen, um unter dem Motto „Teller statt Tonne“ die Ursachen und Hintergründe der Lebensmittelverschwendung zu klären sowie Lösungswege aufzuzeigen.

Ulrike Rodust moderierte die Diskussionsrunde mit dem Staatssekretär im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Ulf

Kämpfer, der Vize-Präsidentin des Landfrauenverbandes Schleswig-Holstein, Birgit Feddersen, dem Vorsitzenden des Vereins Feinheimisch, Maximilian Bruhn, dem Gastgeber und Geschäftsführer der Abfallwirtschaft Rendsburg-Eckernförde, Ralph Hohenschurz-Schmidt sowie Dr. Werner Lüpping als Vertreter der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein.

Trotz der Vielschichtigkeit des Themas waren sich alle Referenten einig: jeder Haushalt kann effektiv gegen die Verschwendung von Lebens-

mitteln im Speziellen und Rohstoffen im Allgemeinen angehen. Dabei leisten Vereine und Verbände den Verbraucherinnen und Verbrauchern wichtige Hilfestellung, um nachhaltigen Konsum und frische sowie genussvolle Ernährung zu fördern.

Von politischer Seite können auch die geplanten Reformen der EU in der Agrar- und Fischereipolitik der Lebensmittelverschwendung entgegenwirken. Reformen die zugleich regionale Wirtschaftskreisläufe und nachhaltige Landwirtschaft stärken.

Rund 40 Interessierte sowie Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und Verbänden, wie beispielsweise der Schleswig-holsteinischen Tafeln, „Brot für die Welt“ oder auch des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter e.V., waren der Einladung gefolgt. Dieses diskussionsfreudige Plenum sorgte für einen regen Meinungsaustausch, der nach den Abschlussworten bei Schnittchen und Apfelsaft aus regionaler Produktion weitergeführt wurde. ■



Von links nach rechts: Maximilian Bruhn, Dr. Ulf Kämpfer, Ulrike Rodust, Dr. Werner Lüpping, Birgit Feddersen, Ralph Hohenschurz-Schmidt schätzen gesunde Nahrungsmittel.

BILDUNG IST DIE GERECHTIGKEITSFRAGE NUMMER EINS

Unser Bildungspolitik ist das Hauptmotiv für den Politik- und Regierungswechsel in Schleswig-Holstein gewesen. Deswegen nimmt die Koalition die vielleicht größten Veränderungen und wahrscheinlich auch die wichtigsten beim Megathema Bildung zügig in Angriff.

SPD, Grüne und der SSW sind sich einig, dass wir mehr Gerechtigkeit und mehr Chancen im Bildungsbereich wollen. Über eine bessere Ausstattung und bessere Strukturen wollen wir jeder Schülerin und jedem Schüler eine bessere Bildung ermöglichen. Damit meinen wir nicht nur einen besseren Abschluss, sondern auch eine Bildung, die nicht nur auf Wissen setzt, sondern auch und gerade Kritikfähigkeit und soziale Kompetenz vermittelt.

Es ist wohlthuend zu sehen, mit welcher Verve unsere Bildungsministerin Wara Wende hinter diesem Leitbild steht. Denn dass, so sagte sie in ihrer ersten Pressekonferenz, was

wir in der Schule vermitteln, prägt auch die Gesellschaft in der wir leben. Wenn wir reines Konkurrenzdenken vermitteln, schaffen wir die Voraussetzungen für eine Gesellschaft, in der dieses Denken dominiert. Wir aber halten eine andere Gesellschaft für lebenswert. Daran arbeiten wir.

Wir wollen dabei möglichst viele mitnehmen und dazu unter anderem drei Bildungskonferenzen ausrichten. Wobei klar ist, dass wir offen, aber nicht ohne Meinung in diese Konferenzen gehen. Manches ist in der Tat nicht verhandelbar. Für unsere Politikziele haben uns die Bürgerinnen und Bürger schließlich gewählt.

Dass ausgerechnet die uns nun Showveranstaltungen vorwerfen, die nie den Dialog gesucht und Kreise per Gerichtsbeschluss gezwungen haben den Eltern ihrer Kinder in die Tasche zu greifen, ist abenteuerlich. Etwas anderes als Verfahrenskritik fällt ihnen nicht

ein, das erinnert ein wenig an die Piratenpartei.

Natürlich gibt es Widerstände. CDU und FDP lehnen die Gemeinschaftsschule ab, sie fürchten zu Recht, dass sie auf Privilegien für wenige und Auslese von möglichst vielen künftig mehr und mehr verzichten müssen. Dafür nehmen wir auch Geld in die Hand und korrigieren die falsche Politik der Vorgängerregierung. Wir wollen die Gemeinschaftsschulen mit G9 als Alternative zu G8 Gymnasien. Und die beste Chance haben doch die Regionalschulen und ihre Schülerinnen und Schüler wenn sie sich zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln.

Schon in der ersten Landtagstagung haben wir die Richtung unserer Bildungsreise verdeutlichen können.

■ Wir geben 300 Lehrerstellen in das System zurück, damit werden die Gemeinschaftsschulen in ihrer Arbeit unterstützt und auch die Inklusion unterfüttert.

■ Wir stellen es den Kreisen wieder frei, wie sie mit den Schülerbeförderungskosten umgehen wollen. Diejenigen, die die Eltern nicht belasten wollen, müssen es nun nicht mehr tun.

■ Wir wollen die Lehrerbildung an die veränderten Anforderungen anpassen und Stufenlehrerinnen und -lehrer ausbilden.

Unser Koalitionsvertrag will Chancengleichheit und längeres gemeinsames Lernen.

Das Ziel ist klar. Über den Weg wird der Dialog gesucht, der alle Beteiligten einbezieht.

Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender



FOTO: GABY ZIMMERMANN

KAMPF UM DIE BÜRGERMEISTERSTÜHLE

Mit der erfolgreichen Landtagswahl sind zwei Bürgermeister- und ein Oberbürgermeisterposten frei geworden. In Kiel, Pinneberg und Rendsburg ist schon wieder Wahlkampf.

Mit Torsten Albig hat Schleswig-Holstein einen neuen Ministerpräsidenten gewonnen – gleichzeitig hat die Landeshauptstadt Kiel ihren Oberbürgermeister verloren. In Pinneberg geht es um die Nachfolge von Kristin Alheit, die als Sozialministerin ins Kabinett einzog, in Rendsburg hat Andreas Breitner seinen Stuhl geräumt, der jetzt als Innenminister in Kiel arbeitet.

Bei allen drei Wahlen gilt erstmals die geänderte Kommunalverfassung. Die Vorschläge werden nicht mehr von den Fraktionen eingebracht, sondern von den örtlichen Parteiorganisationen – eine Aufwertung der politischen Basisarbeit.

Transparenz in Kiel

Der SPD-Kreisverband Kiel hat auf ein offenes, transparentes Verfahren gesetzt. „Das hat sich bei der



Susanne Gaschke kandidiert in Kiel.

Entscheidung für den Spitzenkandidaten zur jüngsten Landtagswahl bewährt und ist jetzt in Kiel bei der Wahl der Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahl wieder erfolgreich praktiziert worden“, sagt Kreisvorsitzender Rolf Fischer.

Der Kreisverband Kiel hat sich nach einem spannenden Vorwahlkampf für die Journalistin Susanne Gaschke

(45) als OB-Kandidatin entschieden. In zwei Vorstellungsrunden und nach Gesprächen in mehreren Kieler Ortsvereinen hatten die vier Bewerberinnen und Bewerber (Susanne Gaschke, die Verwaltungsjuristen Manuela Söller-Winkler und Thomas Engel sowie der parteilose Marine-Offizier Jan Kaack) mehr als 400 Mitgliedern und Kieler Bürgern Rede und Antwort gestanden.

Auf der Mitgliederversammlung am 11. August setzte sich Susanne Gaschke im zweiten Wahlgang knapp mit 145 zu 143 Stimmen gegen Manuela Söller-Winkler durch. „Jetzt werden wir mit einem kreativen und kraftvollen Wahlkampf die Menschen davon überzeugen, dass Susanne Gaschke die richtige Wahl für Kiel ist. Ihre Wahl wird auch ein Zeichen für die Kommunalwahl im Frühjahr nächsten Jahres setzen“, zeigte sich der Kreisvorsitzende zuversichtlich.

Wunschkandidat für Rendsburg

In Rendsburg geht der Fockbeker Bürgermeister Pierre Gilgenast (47) für die SPD ins Rennen. Er erfüllt per-



Pierre Gilgenast: gute Chancen in Rendsburg.

fekt die Kriterien, die zuvor von der Findungskommission des Ortsvereins formuliert wurden: Verwaltungserfahrung, kommunalpolitische Kenntnisse und Verbindung zur Region. „Er ist wirklich der Wunschkandidat“, freut sich Rendsburgs Ortsvereinsvorsitzender Matthias Bruhn. Die Mitgliederversammlung wählte ihn mit überwältigender Mehrheit.

In Pinneberg unterstützt die SPD gemeinsam mit der CDU eine parteilose Bewerberin. Ein Novum in der Kreisstadt. Den Vorschlag hatte eine Findungskommission der Mitgliederversammlung vorgelegt. ■

WAHLTERMINE

- 28. Oktober Oberbürgermeisterwahl in der Landeshauptstadt Kiel (Stichwahl 11. November)
- 28. Oktober Bürgermeisterwahl Stadt Rendsburg (Stichwahl 11. November)
- 11. November Bürgermeisterwahl Stadt Pinneberg (Stichwahl 2. Dezember)

PERSONALIEN

GERRIT POLITZ LEITET DEN SCHWUSO-LANDESVERBAND
Am 12. August wurde in Neumünster die Landes-Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD gegründet. Die Mitgliederversammlung der Schwusos wählte den 33-jährigen Gerrit Politz aus Neumünster einstimmig zum Landesvorsitzenden. ■

DIETER HESS ÜBERNIMMT DEN 60-PLUS-KREISVORSITZ IN KIEL
Neuer Kreisvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft SPD-60-plus in Kiel ist Dieter Heß, der lange Jahre als Kreisgeschäftsführer in Kiel tätig war. Detlef von Schlieben, der die Organisation der Älteren in der SPD lange Jahre geprägt hatte, hatte nicht wieder kandidiert. ■

WIR GRATULIEREN IM SEPTEMBER

- ZUM 96. GEBURTSTAG:** Paul Möller, Heringsdorf
- ZUM 94. GEBURTSTAG:** Franz Brummerstedten, Bargtheide
- ZUM 93. GEBURTSTAG:** Irma Peters, Brunsbüttel
- ZUM 92. GEBURTSTAG:** Hildegard Wurbs, Eckernförde
- ZUM 91. GEBURTSTAG:** Lisa Ermisch, Halstenbek
Karl-Heinz Wittek, Pinneberg
- ZUM 90. GEBURTSTAG:** Enrique Apfeldorf, Klein Pampau
Günther Bantzer, Kiel
Wilhelm Baum, Klein Molzahn
Gunter Bziuk, Pinneberg
Rosemarie Fleck, Felde
Gerhard Kittlass, Bösdorf
Harro Noetel, Norderstedt
Gertrud Schrader, Kiel
Emma-Ida Sterzinger, Schönkirchen
Herbert Willert, Scharbeutz
- ZUM 89. GEBURTSTAG:** Anni Berger, Schwentental
Walter Hinze, Husum
Hermann Möller, Heiligenhafen
Anita Nohr, Trittau

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.
Redaktion: Dietrich Drecher, Christian Kröning (verantwortlich)
www.spd-sh.de

INFLATION UND WÄHRUNGSREFORM? – WIRTSCHAFTSKRISEN IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG

Seminar der Gustav Heine-mann Bildungsstätte, Bad Malente
19. bis 21. Oktober 2012
Teilnahmebeitrag 99 Euro
Seminarleitung:
Dr. Thieß Petersen

Wirtschaftskrisen wurden in der Volkswirtschaftslehre lange Zeit als „Betriebsunfälle“ angesehen, die ein seltenes Ausnahmephänomen darstellen. Mittlerweile aber häufen sich diese Betriebsunfälle. Ziel des Seminars ist es, die grundlegenden Muster von ökonomischen Krisen kennenzulernen. Anschließend werden diese Elemente zu einer Theorie von Wirtschaftskrisen zusammengesetzt.
heinemann-bildungsstaette.de

SEMINAR

ACHTUNG TERMINÄNDERUNG!
„Wir machen Politik“ – Seminar für Frauen und Alleinerziehende mit Kinderbetreuung
Inhalte: Fortführung der Projektarbeit vom Märzseminar; Gender Budgeting.
15. September 2012, 10 bis 17 Uhr
Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente
Kein Kostenbeitrag
Am 30./31. März 2012 wurden von Frauen Wege für familienfreundliche politische Arbeit entwickelt. Drei Projektideen „Aktiv werden“, „Bewusstsein schaffen“ und „Netzwerke bilden“ wurden entwickelt und werden demnächst auf den Weg gebracht. Ein weiterer Schwerpunkt wird „Gender Budgeting“ sein. Dazu wird am 15. September nach einem Referat mit den Teilnehmerinnen diskutiert und an weiteren Möglichkeiten gearbeitet.
■ Anmeldung: Elfriede Marx
elfriede.marx@spd.de
Tel. 04 31/9 06 06-26
Fax 04 31/9 06 06-21

ZWEI JULIAS LERNEN BEI DER SPD



Julia Ewoldt (links) und Julia Wigger haben in der SPD-Landesgeschäftsstelle ihre Ausbildungen zu Veranstaltungskaufleuten begonnen. „In den Vorstellungsgesprächen haben sich beide so gut präsentiert, dass wir uns entschlossen haben, zwei Auszubildende einzustellen“, sagt Ausbilderin Nina Thielscher. Die Ausbildung dauert drei Jahre.

TERMINE

- 21. September, 18 Uhr Außerordentlicher Kreisparteitag Neumünster, Themenschwerpunkt Entwicklung der Innenstadt. „Kiek in“, Gartenstr. 32.
- 26. September, 10.30 Uhr Ordentliche Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft SPD-60-

plus mit Vorstandswahlen. Neumünster, Holstenhallenrestaurant.
■ 1. Oktober, 19 Uhr Gründungsversammlung der neuen Arbeitsgemeinschaft „Integration und Vielfalt“. Neumünster, Kiek in.